

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Preis: 10 Pf. ...

Mit den Beilagen: Der rote Stern, Der kommunistische Gewerkschafter, Rote Hilfe, Die Kommunistin, Der Genossenschaftler, Tribüne, Der Jungprolet

Verleger: ...

Der Weg aus der Wirtschaftskrise Aufmarsch gegen das Elend!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern!

Das Jahr 1926 beginnt mit einer Wirtschaftskrise, die an Schärfe bisher nur von der Inflationskrise des Jahres 1923 übertroffen wurde.

drei Millionen Arbeitslos,

bereits gibt es Millionen, die nur einige Tage in der Woche arbeiten. Und immer neue Fabriken werden stillgelegt.

Kleinbauern und große Teile des Mittelstandes

finden sich ebenfalls in einer schwierigen Lage. Sinkende Absatzmöglichkeiten infolge der abnehmenden Kaufkraft der kassierten Massen.

Es ist die höchste Zeit, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung den Kampf gegen die Wirtschaftsanarchie, gegen den Jäh und Steuerraub, gegen die Kreditwirtschaft, gegen die Betriebsstilllegungen, gegen die Lohnkürzungen, gegen die Abfindung der Fürsten und gegen die Erhöhung der Mieten aufnimmt.

Dem Bloß der kapitalistischen Ausbeuter muß der Bloß der Werktätigen gegenübergestellt werden.

Der gemeinsame Kampf für die Interessen der Werktätigen, das bewußte Kampf gegen die jetzigen Regierungen in den Ländern und im Reich, die nur die Interessen der Ausbeuter, der Schwerindustriellen, des Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer wahrnehmen.

Gesetzloser Aufmarsch gegen das Elend.

Die Massen müssen aufmarschieren. Die Arbeitenden müssen sich mit den Arbeitlosen vereinigen; Beamte und Angestellte müssen mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen.

gewaltigen Demonstrationen

zum Ausdruck bringen. Die Demonstrationen müssen der Auftakt für die Schaffung einer einheitlichen Kampffront, für die Stärkung der Gewerkschaften und die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse sein.

Bereits finden in zahlreichen Städten und Orten wichtige Kundgebungen statt. Sie müssen fortgesetzt werden, sie müssen über das ganze Reich zu einheitlichen Demonstrationen zusammengefaßt werden.

Die kommunistische Partei fordert darum alle Werktätigen, alle Arbeiterorganisationen auf,

am 27. Januar nach Betriebsstilllegungen in allen Städten des Reiches große Demonstrationen zu organisieren, die Arbeiter-Kampffront gegen das Kapital bilden zu helfen und die Aktivität der Massen gegen Hunger und Not zusammenzufassen.

Wofür müssen wir demonstrieren? Es gilt, den Erwerbslosen Arbeit und Brot zu verschaffen, eine Verdoppelung der jetzigen Erwerbslosenunterstützung, die Gewährung dieser Unterstützung für alle Arbeitslosen, die Einführung einer Unterstützung für die Kurzarbeiter, die sofortige Inangriffnahme von großzügigen, gemeinnützigen Arbeiten zu Tariflöhnen und eine generelle Lohn-erhöhung zu erzwingen.

Es gilt, die gemeinsame Front der Arbeitenden und Arbeitslosen für die Durchsetzung eines maximalen Arbeitstages von 8 Stunden, für die Siebenstundenschicht im Bergbau, für den Sechsstundentag für Jugendliche unter 19 Jahren zu schaffen.

Durch die entgeltungslose Enteignung der Fürstlichen Häuser, durch härtere Bekämpfung der Besitzenden müssen Mittel ausgebracht werden; eine Erhöhung der Mieten darf nicht stattfinden.

Die Betriebsstilllegungen müssen verhindert werden. Durch die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken einerseits, durch die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und die Kontrolle der Wirtschaft durch Gewerkschaften und Betriebsräte andererseits muß der kapitalistischen Anarchie entgegengetreten werden.

Dieser Regierung und ihrem willfährigen Reichstag, die die Wirtschaftsanarchie fördern, und das Elend der arbeitenden Massen ins Unenträglichste steigern, muß mit dem schärfsten Kampf der arbeitenden Massen geantwortet werden. Der Reichstag muß aufgelöst werden. An die Stelle dieser Regierung, dem Werkzeug der Banken, der Großindustrie und der Junker, an die Stelle einer Regierung der Arbeiterpartei oder einer Koalitionsregierung der Parteien der Bankiers und Industriellen mit der Sozialdemokratischen Partei muß durch den Kampf der Massen

die Arbeiter- und Bauern-Regierung

errichtet werden.

In wichtigen Demonstrationen müssen die arbeitenden Massen aufmarschieren. Sie müssen aufmarschieren für sofortige Linderung der ärgsten Not; sie müssen aufmarschieren, um den Kampf für die Beseitigung dieses Systems zu organisieren.

Gleichzeitig aber müssen die deutschen Gewerkschaften ihre Kraft für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen einsetzen.

Keine Regierung kann gegen den Willen der deutschen Gewerkschaften bestehen.

Keine Regierung kann sich halten gegen eine einheitliche Aktion von A. P. D., S. P. D. und Gewerkschaften. Die gesamte Arbeiterklasse würde dem gemeinsamen Ruf dieser Organisationen zum Kampf geschlossen wie ein Mann folgen. Die weitere Ausplünderung der Massen ist nur möglich mit aktiver Unterstützung oder passiver Duldung der Regierung durch S. P. D. und Gewerkschaften. Um diesen Kampf auf breiterer Grundlage zu organisieren, müssen die arbeitenden Massen verlangen, daß der ADGB einen

außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften

unter Teilnahme von Betriebsräten der wichtigsten Großbetriebe zusammenberuft. Die Aufgabe des Kongresses muß es sein, die Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse zu beschließen, die einheitliche Kampffront des Proletariats für die Kampfaufnahme herzustellen, der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft das Ziel der sozialistischen Produktionsweise und den geschlossenen Kampf und Aufbauwille des deutschen Proletariats gegenüberzustellen. In diese Aktion müssen auch die Beamten- und Angestelltenverbände mit einbezogen werden. Die wichtigen, streng disziplinierten

Demonstrationen am 27. Januar

dem Sammeltag der monarchistischen Reaktion, dem Geburtstag des Hauptes der fürstlichen Erpresserbande, müssen ein Auftakt für diesen Kampf werden.

Hier mit Arbeit und Brot!

Nieder mit der kapitalistischen Anarchie!

Hier mit der entgeltungslosen Enteignung der Fürstlichen Häuser!

Hier mit ausreichender Unterstützung für die Erwerbslosen und alle Notleidenden!

Es lebe der Kampf um die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Es lebe die Einheitsfront des Proletariats! Hier mit der Verstaatlichung der Großindustrie und Banken und der planmäßigen Regelung der Wirtschaft unter Kontrolle der Werktätigen!

Neues Tage

Der Verfassungsausschuß des Reichstages tritt am Mittwoch zusammen.

Eine Mitgliederversammlung der SPD. in Essen erklärte sich für die Große Koalition.

Wie die Münchener „Neue Zeitung“ berichtet, ist gegen den Rußlanddelegierten Freiburger ein Antrag auf Ausschluß aus der SPD. gestellt worden.

Nach dem Dezemberbericht des Damesagenten, Parker Gilbert, wurden von Deutschland bis zum Jahresende auch die zweite Annuität, insgesamt rund 448,4 Millionen Mark geleistet, davon 107 Millionen im Dezember.

In Paris tagt der außerordentliche Parteitag der sozialistischen Partei Frankreichs. Die Gegner der Regierungs-beteiligung haben eine Mehrheit von rund 300 Stimmen.

Die dringendsten Aufgaben

Kommunistische Interpellation gegen den Nationalisierungsplan der Unternehmer

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Die katastrophale Wirtschaftskrise mit ihrer Massenverelendung nimmt immer krasser Formen an. Weitere Verschärfungen stehen bevor, denn die Rohstoffherzeugung zeigt noch durchaus rückläufige Tendenzen. Kohlenmangel und Kaliengemangel haben infolge weiterer Abschuldungen erneut ihre Produktion gedrosselt. Die Eisenverhüttung ist von 65 Prozent auf 50 Prozent weiter herabgesunken. Die Fabrikation von Produktionsmitteln ist fast völlig zum Stillstand gekommen. Das muß zu einem weiteren Rückgang der Beschäftigung auch in den verarbeitenden Industrien führen. Betriebsstilllegungen und Massenarbeitslosigkeit nehmen denn auch unablässig weiter zu.

Trotz reichlicher Ernte und gesteigerter Fleischproduktion wächst das Hungerelend der arbeitenden Massen. Große Teile der Kartoffel-, Roggen- und Gemüseernte bleiben unverkäuflich; was, verbunden mit Steuerbrud, Bucherzinsen und hohen Industriepreisen auch zum Ruin zahlloser Kleinbauernwirtschaften führt. Großgrundbesitzer und Großhändler aber halten aus spekulativen Gründen die Agrarprodukte fest. Rückgang des Düngemittelbezuges und der Bestellungen auf landwirtschaftliche Maschinen lassen einen katastrophalen Rückgang in der gesamten landwirtschaftlichen Produktion für die kommenden Jahre befürchten.

Gegenüber der technisch hochentwickelten, billiger produzierenden amerikanischen Industrie und der auf Inflation beruhenden Schleudertournee der französischen Industrie ist ein Wiederaufleben der deutschen Industrie für die nächsten Monate kaum zu erwarten. Außerdem speert sich England gerade jetzt in steigendem Maße durch Hochzinspolitik bis zu 3 1/2 Prozent auch noch gegen die deutschen Fertigwarenfabrikate systematisch ab. Darüber hinaus ist die englische Rohle infolge von Staatssubventionen noch als billiger Konkurrent auf dem deutschen Markt im Vormarsch.

Diese verschärfenden Anzeichen wurden so ernst beurteilt, daß man nicht nur mit einer zeitweiligen Stilllegung deutscher Betriebe, sondern mit deren Abbruch in großem Umfang rechnet. Das aber heißt eine Millionenarbeitslosigkeit in Deutschland auf Jahre hinaus stabilisieren.

Diese Wirtschaftskatastrophe ist mit verhängsel durch die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik der letzten Jahre, die den Abschlag der Teuerung steigerte, weil eine Jahreslast von mehr als 10 Milliarden Umlauf, Verbrauchs-, Verkehrs- und Realsteuern in die Preise einfließt werden. Damit wird rund ein Drittel des Gesamteinkommens für Deutschland der Bevölkerung durch Steuerabgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden abgepreßt. Große Teile dieser Steuergelder werden aber laufend dazu verwendet, den Großbanken wucherische Zinsgewinne zuzuführen. Die Großbanken erhalten Milliarden an Steuergeldern und Sparguthaben für 7 1/2 bis 8 Prozent, um sie dann mit großen Zwischengewinnen zu doppelten Zinssätzen, also etwa 15 Prozent, als Wirtschaftskredite herzugeben. Das ist eine Vorbelastung, die erneut preistreibend wirkt. In gleicher Weise wird von den Großbanken mit amerikanischen Krediten gehandelt. Die 3,5 Milliarden Amerika-Kredite haben zwar zeitweilig einzelne Industrien angefaßt, aber durch den hohen Zinsfuß die Produktion so verteuert, daß weder die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt, noch ein Abjag bei den verelendeten Volksmassen in Deutschland gefunden werden konnte.

Auch der von den Unternehmern so oft gepriesene Rettungsweg der Arbeitszeilverlängerung und Lohnrückerei, der Heberarbeit und Mehrleistungen hat keineswegs die schwere Wirtschaftskrise verhindern können.

Wir fragen die Regierung, wann endlich sie Maßnahmen ergreifen will, um einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken und das vorhandene Massenelend wenigstens teilweise zu lindern?

Soziales

Ball, wache auf!

(Hör einem H. B. Remzoban)

Als im Jahr 1914 der Krieg brach aus, Da jagten Millionen Proleten hinaus um zu kämpfen und sterben fürs Vaterland, welches vernichtet, fürs kapitalistische Band.

Ja, als der Krieg ging von Jahr zu Jahr, Da schrie aus Millionen Herzen die Qual: Wo bleibt mein Vater, Bruder und Sohn! Ja alle, alle, haben sie geschlachtet hin.

Nur Jahre schlachteten und mordeten sie fürs Kapital und Aristokratie, Und heute? Verwalten sie, Hand in Hand, dem Volke bitter erkaufte Land.

Drum wache jetzt auf, du armes Volk, dann wird dir eine bessere Zukunft hold; und sage mit deinem letzten Mut zum Teufel all die Tyrannenbrut.

Und hast du vollbracht diese tapfere Tat, dann baue auf einen Arbeiterstaat! Nächst euch aber alle Grenzen die Hand und Schwert Rache der Mörderband!

Wenn einst ihr traget die rote Fahne, so sehet fest, wenn der Sturm auch braust, und wenn der blutiger Faschismus kommt, dann antwortet stets mit einem „Rot-Front“!

Einberufung des Niederschlesischen Provinziallandtages

Das preussische Staatsministerium hat durch Erlass vom 24. Dezember 1926 den Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien zum 26. Januar 1928 nach der Stadt Breslau berufen. Die Eröffnung des Provinziallandtages wird demgemäß an diesem Tage vormittags 11 Uhr, im Breslauer Landeshaus, Gartenstraße 74, erfolgen. Der Staatskommissar bei dem Provinziallandtage hat die Provinziallandtags-Abgeordneten hierzu bereits geladen. Gleichzeitig ist die Einladung zur Wahl zum Staatsrat am 27. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, erfolgt.

Für den Jungarbeiterkongress!

Der kommunistische Jugendverband und die Rote Jungfront hatten für Sonntag, den 10. Januar, zu einer Demonstration aufgerufen. Einige hundert Jugendliche trafen sich vormittags auf dem Neumarkt. Genosse Marx sprach über die Lage des deutschen und des russischen Jungproletariats. Nach Schluß seiner Rede formierte sich ein Demonstrationzug. Transparente, die Forderungen des Jungproletariats enthielten, wurden mitgeführt. Man las:

- Wahrheit über Sowjetrußland!
Gegen Massenentlassungen!
Für Einheitsfront aller Jungarbeiter!
Arbeitslosenunterstützung für alle Jungarbeiter!

Der Zug, dem sich unterwegs noch mancher Jungarbeiter anschloß, bewegte sich durch die Arbeiterviertel Breslaus. Am Striegauer Platz sprach Genosse Kreie. Er verstand es, in zündenden Worten das Jungproletariat für Sowjetrußland zu begeistern. Mit einem „Hoch“ wurde die Demonstration beendet, die als ein Erfolg des den Jungarbeiterkongress vorbereitenden Jungproletariats bezeichnet werden kann.

„Die neue Großmacht“

Der Film der Arbeiter-Olympiade, hat in der Breslauer Arbeiterschaft großen Anklang gefunden. Einem vielfach geäußerten Wunsch entsprechend, finden die Vorstellungen in der Westvorstadt, im Lokal von Baudach, Frankfurter Straße 117, und zwar Dienstag, den 12. und Mittwoch, den 13. Januar, statt. Die Eintrittspreise sind, um Massenbesuch zu ermöglichen, auf 50 und 20 Pfennige herabgesetzt.

Verbilligtes Gefrierfleisch.

Zur Abgabe des zollfreien Gefrierfleisches sind folgende Fleischereibetriebe zugelassen worden:

- Cornis, G. m. b. H., Markthalle Gartenstraße,
Cornis, G. m. b. H., Markthalle Ritterplatz,
Lüsch, Paul, Markthalle Ritterplatz,
Beblo, Oswald, Markthalle Gartenstraße,
Kofocinski, Markthalle Gartenstraße,
Neumann, H., Molatstraße 28,
Mahlte, Gottlieb, Weihenburger Straße 10,
Schliebs Wilhelm, Matthiasstraße 49,
Föbler Paul, Elbingstraße 12,
Wintler, Heinrich, Brigittental 3,
Hahn, Karl, Gürtelstraße 79,
Scholz, Paul, Scheinigerstraße 54,
Langner, Joseph, Tauenkötterstraße 180,
Soila, Anton, Klosterstraße 50,
Zimmerling, P., Subenstraße 14,
Schüb, Paul, Bohrauer Straße 14,
Stache, Paul, Augustastrasse 110,
Kösner, Kurt, Viktorstraße 5,
Mahlte, Gustav, Semaldstraße 8,
Seidel, Richard, Höfchenstraße 22,
Kiple, Robert, Leuthenstraße 8,
Standke, Gustav, Friedrich-Karlstraße 5,
Kiltner, Hugo, Leuthenstraße 49,
Feyer, Gustav, Bärenstraße 17.

Im übrigen weisen wir auf die Bekanntmachung an den Anschlagtaulen hin.

Ein Sekretär des Deutschen Handlungsgesellschaftenverbandes rechtskräftig wegen Urkundenfälschung verurteilt. Das Unterzeichnen eines Wortmeldezettels mit einem falschen Namen charakterisiert sich als Urkundenfälschung (§ 267 St. G. B.). So hat das Oberlandesgericht Dresden als Revisionsinstanz entschieden. Damit ist eine Bestrafung rechtskräftig geworden, die gegen einen Sekretär des Deutschen Handlungsgesellschaftenverbandes von der Staatsanwaltschaft verfügt und von Amtsgericht und Landgericht in Dresden durch entsprechende Urteile bestätigt worden war. Der betreffende Sekretär hatte sich unter Beilegung des Namens und der Mitgliedsnummer eines Mitgliedes des Deutschen Bankbeamten-Vereins in eine von diesem veranstaltete Konferenz, zu deren Teilnahme nur besonders Geladene berechtigt waren, Eingang verschafft; er hatte sich unter dem falschen Namen schriftlich in der Debatte zum Wort gemeldet, seinen Verband gelobt und die Haltung des D. B. V., sowie dessen leitende Verantwortlichkeiten heftig angegriffen. Auf Befragen hatte er auch noch wahrheitswidrig angegeben, daß er Angestellter der Deutschen Bank sei. Darauf wurde von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet, gegen welches, wie erwähnt, vergebens Berufung und Revision eingelegt worden sind.

Konferenz der Parteiarbeiter Schlesiens

Breslau, 11. Januar.

Am Sonntag, den 11. d. Mts., hatte die Bezirksleitung eine Konferenz der Parteiarbeiter einberufen, die von Ortsgruppen aus allen Teilen der Provinz besetzt war. Es waren anwesend 34 Genossen, wovon 29 Arbeiter, darunter zehn Chöfende der Großbetriebsstellen, ferner 2 Parteifunktionäre, ein Buchhändler und 2 Kaufleute. Auf der Tagesordnung stand:

- 1. Referat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei.
2. Unsere Gewerkschaftspolitik. Referent Genosse Schönded.
3. Distriktpolitik.
4. Der Fall Maslow.
5. Organisationsfragen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach ein Vertreter der Zentrale. Er führte ungefähr folgendes aus: Die politische Lage wird immer noch gekennzeichnet durch den Vertrag von Locarno, der die politische und wirtschaftliche Ergänzung zum Dawesabkommen ist und bis jetzt wird von den Interessen der englischen Imperialisten, die an Stelle der früheren Einflußpolitik eine Bündnispolitik gegen Sowjetrußland führen.

Die Regierungspolitik

ist auch eine Folge des Locarno-Vertrages. Bei der Opposition der Deutschnationalen müssen wir zwei Strömungen unterscheiden. Die eine wird getragen von den mit dem Faschismus sympathisierenden Kleinbürgerlichen Elementen, die andere geht aus von jenen Teilen des Großkapitals, die eine neue imperialistische Ära erschaffen. Diese Kräfte wollen sich nicht zu früh auf die eine oder andere Machtgruppierung festlegen und hoffen mehr herauszuschlagen, wenn sie sich für eine event. günstigeren Situation ihre Handlungsfreiheit bewahren. Die Haltung der SPD zum Locarno-Vertrag ist die konsequente Fortsetzung ihrer bisherigen Politik: Keine Orientierung, dafür Bündnis mit den kapitalistischen Westmächten und Festigung der bürgerlichen Staatsgewalt. Redner behandelte dann ausführlich die wachsende Sympathie der sozialdemokratischen Arbeiter für Sowjetrußland. Otto Bauer muß zugeben, daß sich Sowjetrußland auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Sympathien zu verstärken und die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß zwischen der Politik Sowjetrußlands und der Kommintern — die von den SPD-Führern besonders verlastet — kein Gegensatz besteht und die Politik Sowjetrußlands identisch ist mit der der Kommintern.

Zum zweiten Teile seines Referates befaßt sich der Referent mit der Wirtschaftspolitik

die u. a. auch dadurch hervorgerufen wurde, daß Amerika immer bestrebt sei, aus Deutschland einen Absatzmarkt zu machen. Auch der Damospakt, dessen Zweck es war, Deutschland wieder in die kapitalistische Weltwirtschaft einzugliedern, kann die kapitalistischen Widersprüche nicht beseitigen. Ein Teil der Fertigungsindustrie kommt zum Erliegen. Es gibt in Deutschland nur zwei Fabriken, die Geschosse herstellen, die eine derselben, an der englisches Kapital beteiligt war, ist stillgelegt worden und die gesamte Produktion wurde nach Kanada verlegt. Auch die Solinger Fertigungsindustrie ist in den Händen amerikanischer Kapitalisten, die bestrebt sind, die Betriebe stillzulegen und die Fabrikation nach Amerika zu verlegen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auf dem Gebiet der Rohindustrie. Der Kohlenexport von Amerika nach Deutschland steigt nach der Rohentzehr in Rheinland-Westfalen. Das Bestreben der deutschen Industrie, sich gegen die Einfuhr ausländischer Waren durch Schutzmaßnahmen zu schützen, wurde von den anderen kapitalistischen Mächten begegnet durch Erhöhung ihrer Schutzzölle, so daß sich der Absatzmarkt für die deutsche Industrie noch verringert hat. Die Wirtschaftskrise ist eine langdauernde, neben vorübergehenden Konjunkturen in einzelnen Industrien werden wir mit großer Arbeitslosigkeit und Erliegen vieler Betriebe zu rechnen haben.

Die Aufgaben der Partei angesichts dieser Situation sind groß und schwierig. Die steigende Arbeitslosigkeit birgt die Gefahr, daß ein Teil der Erwerbslosen korumpiert durch Not und Elend ins Lumpenproletariat herabsinkt, dem Klassenkampf verloren geht. Auch politische Stimmungen und Meinungen können die Folge der langdauernden Arbeitslosigkeit sein. Wir müssen daher unter Augenmerk darauf richten, daß eine Verbindung der Erwerbslosen mit den Betrieben hergestellt wird. Die Erwerbslosen Genossen müssen in den Gewerkschaften müssen darauf dringen, daß sich die Ortsanschlüsse des ADGB der Erwerbslosen annehmen und diese zusammenfassen. Wir müssen nicht nur für örtliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und für lokale Wünsche eintreten, sondern die Frage des Verbots der Betriebsstilllegungen und die Forderung nach Verstaatlichung der Betriebe erheben. Die Forderung nach Verstaatlichung jener Betriebe, die angehen, infolge Mangel an Mitteln die Arbeiter nicht mehr beschäftigen zu können, ist nicht identisch mit der Sozialisierung der Betriebe. Bei verstaatlichten Betrieben verlangen wir auch die Kontrolle der Produktion, um zu verhindern, daß die Arbeiter vom Staat ebenso betrogen werden wie von den Aktionären.

Stadtheater

Die Zauberflöte.

Die Neueinstudierung und Neuinszenierung dieser Mozartschen Oper war äußerst wirkungsvoll. In raumpoetischer Hinsicht waren die einzelnen Szenen hervorragend. Zu wünschen übrig ließ die Prüfungsszene. Man sah nur die Feuerzerglüh, nicht aber das Wasser, durch welches das Liebespaar schreiten muß. Auch in musikalischer Hinsicht ließ die Aufführung nichts zu wünschen übrig. Orchester und Chor, unter Leitung Cortozos, boten außerordentlich gute Leistungen und wurden durch Eindämmungen der Feinbeit Mozartscher Musik gereizt.

Auch die Leistungen des Ensembles waren gut. Witt als Tamino, Räte Heidersbach als Sarastro waren vorzüglich. Der Gast, Herr Raper aus Wien, dessen Leistungen wir bereits im Rosenkavalier bewundern, war trotz ständiger Indisposition gelanglich und darstellerisch, vor allen Dingen in Geite und Haltung ausgezeichnet. Die Darsteller wurden wiederholt herausgerufen.

Tauenkötter-Theater.

„Lili im Urwald“. Was der Film auf wissenschaftlichem Gebiet zu leisten vermag, zeigt dieser Ausflug, der das Ergebnis einer wissenschaftlichen Expedition zum Amazonasstrom ist und uns in hundert Fälle prächtige Bilder aus der Tropenwelt bringt, die von dramatischer Kraft sind. Besonders packend sind die Aufnahmen der Kämpfe mit den Aroldden. — Auch das Beiprogramm ist gut, so daß der Besuch — besonders für Jugendliche — recht lohnend ist.

Aus der Partei

Aktion, Genossen! Trefft alle Vorbereitungen für eine würdige Lenin-Trostki-Luxemburg-Feier!

So wichtig die Erwerbslosenfrage auch ist, so darf die Partei nicht in den Fehler verfallen, nur unter den Erwerbslosen zu arbeiten. Bei der letzten Wahlperiode wurden die gesamten politischen Tage — Distriktsversammlungen — in die Vorbereitung der Partei mit den Betrieben verknüpft. Die Mobilisierung der Massen für die politische Arbeit gegen Faschismusabteilung ist eine weitere wichtige Tagesaufgabe.

Hand in Hand damit muß die Arbeit in den Gewerkschaften gehen. Wir müssen dazu übergehen, Werbemethoden zur Erhöhung des Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu veranlassen. Auch müssen unsere Genossen jede gewerkschaftliche Kleinarbeit (Unterstützung etc.) übernehmen. Eine wichtige Arbeit ist ferner die Gewinnung größerer Massen revolutionärer Industriearbeiter als Mitglieder der Partei. Wir müssen unsere Mitgliederzahl gewaltig erhöhen. Die Auffassung vieler Genossen, daß die Werbung neuer Mitglieder nicht nötig ist, ist irrig. Nur wenn wir an die Ausfüllung dieser Stellen mit Fleiß, Ausdauer und Zuverlässigkeit herangehen, wird die Partei in der Lage sein, ihre schwierigen und vielseitigen Aufgaben zu erfüllen.

Über das Referat des Genossen Schönded sowie die Distriktpolitik können wir aus Raummangel erst morgen berichten. Wir wollen heute noch erwähnen, daß nach kurzer Aussprache mit allen gegen eine Stimme nachstehende Resolution

zum Fall Maslow

angenommen wurde.

Resolution

- 1. Die heute, am 10. Januar, tagende Konferenz der erweiterten Bezirksleitung Schlesiens, gemeinsam mit den verantwortlichen Parteiarbeitern, bezieht die Veröffentlichung der Dokumente im Falle Maslow als ein Zeichen der Stärke und des Kraftbewusstseins der Partei. Sie billigt die Stellung des Zentralkomitees und der Erklärung der Delegation der deutschen Partei auf dem Parteitag der K. P. D.
2. Die Konferenz mißbilligt auf das Schärfste das Verhalten des Genossen Maslow vor dem bürgerlichen Klassengericht, das eines Mitgliedes der Partei im allgemeinen und eines Führers im besonderen unzulässig ist. Sie verurteilt diese Stellung auf das Entschiedenste, ebenso wie die Briefe des Genossen Maslow aus dem Gefängnis, die geeignet sind, den Kampf der deutschen Arbeiter um die Befreiung der proletarischen Klassengenossen auf das Schwerste zu schädigen.
3. Ebenso mißbilligt die Konferenz die Haltung und das Schreiben der Genossen Ruth Fischer an den Parteitag der K. P. D., der von denen bewirkt das Unverständnis der Genossen Ruth Fischer gegenüber den Aufgaben und Pflichten eines Kommunisten und der Führung einer kommunistischen Partei.
4. Die Konferenz ermahnt die K. P. D. die weitere Prüfung des Falles Maslow beschleunigt durchzuführen, abzuschließen und das Ergebnis schnellmöglich zu veröffentlichen.
5. Die Parteiarbeiterkonferenz Schlesiens richtet noch einmal an alle Genossen, die noch nicht ganz überzeugt sind von der Wichtigkeit der seit Veröffentlichung des Briefes durchgeführten Politik und Taktik der Partei und noch immer sich zur Opposition zählen, richtet besonders an unsere Berliner Freunde, soweit sie noch zur Abhaltung Schlolem stehen, den dringenden Appell, sich einzureihen in die einheitliche und geschlossene Front der Partei. Sie werden beim Studium der zum Fall Maslow veröffentlichten Dokumente erkennen, daß die Haltung Maslows entsprängt seiner im Grunde unkommunistischen und antibolschewistischen Einstellung und daß sein, für einen Kommunisten unwürdiges Auftreten vor Gericht eine unaußbleibliche Folge der von Maslow-Ruth Fischer betriebenen Politik ist. Parteimitglieder und Führer, die zu den ernstesten Lebensfragen des Proletariats eine abstinente Politik betreiben, sich im Gegensatz stellen zum Leninismus, müssen da landen, wo die sozialdemokratischen Führer gelandet sind: im Lager der Agenten des Bergwerks und der Antibolschewisten.
6. Die Konferenz richtet einen Appell an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, angesichts der brutalen und unverkämpften Unternehmenseffektivität, die Hunderttausende und Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte rücksichtslos auf die Straße wirft, sich zusammenzuschließen in einheitlicher Kampffront zur gemeinsamen Abwehr der Angriffe der herrschenden Klasse auf die elementarsten Lebensinteressen des Proletariats. Möge die schlesische Arbeiterschaft dem Beispiel ihrer kommunistischen Klassengenossen folgen und sich schnellstens befreien von solchen Führern, die abweichen vom Wege des Klassenkampfes, in Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit dem Bürgertum die Interessen der Arbeiterschaft preisgeben. In engerer Kampfgemeinschaft mit den Massen und der gesamten deutschen Arbeiterschaft wird die kommunistische Partei eine Führung schaffen, die notwendig ist, um den Befreiungskampf des Proletariats zum Siege zu führen.

Parteiveranstaltungen

- Breslau.
- Bz. Abt. Agitprop. Heute Dienstag 7,30 Uhr Sitzung, Trebnitzer Straße 50.
- Bz. Nord II. Freitag 7,30 Uhr mit Parteimitgliederversammlung bei Ueberjäger, Weihenburger Platz 4.
- Bz. Süd, Zelle 1 und 2. Dienstag 7,30 Uhr „Gute Quelle“, Kronprinzenstraße 50, Ede Viktorialstraße, Versammlung.
- Bz. Zentrum. Gesamtjellensitzung Dienstag, „Turnhof“ Neue Antonienstraße.
Unterbezirk Neufalk. Die Unterbezirkskonferenz findet am 17. Januar in Glogau statt.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau.
- Rote Jungfront (N.J.). Dienstag 7,30 Uhr Mitglieder-Generalversammlung, „Roter Löwe“, Kupferlamiebest.
- Mittwoch Gruppe Nord Gruppenversammlung 7,30 Uhr bei Ralschig, Adlerstraße 7.
- Donnerstag Funktionärversammlungen im bekannten Lokal.
- Jungfront Ost. Dienstag 8 Uhr bei Franke Kameradschaftsabend.
- Rote Frauenliga. Donnerstag 7,30 Uhr im „Roten Löwen“ Mitgliederversammlung sämtl. Bezirke. Sympathisierende willkommen.
Strehlen. Donnerstag 7,30 Uhr Mitgliederversammlung.

Sonstige Organisationen

- Breslau.
- Rote Hilfe. Dienstag, 7,30, Sitzung der Ortsleitung im Büro.
- Rote Hilfe Süd. Dienstag „Gute Quelle“, Kronprinzenstr. 50, Ede Witte, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
- R. S. Bz. Ost. Donnerstag 7,30 Uhr bei Franke, Tauenkötterstraße 193, Bezirksversammlung.
- R. S. Bz. West. Dienstag, den 12., abds. 7,30, bei Gebr. Adler, Schiffe werdenstr. 37, Sitzung des Vorstandes und der Funktionäre.

Aus Betrieb und Werkstatt

8 und 10stündige Arbeitszeit auf den Kolorerien

(Von einem Waldenburger Betriebsberichterhalter.)

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers sollte am 1. April 1925 für die Kolorier- und Schmelzarbeiter der Glasherzeugung eine 10stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die niederrheinischen Kolorierbetriebe hatten Verlangung der Frist zur Einführung der 10stündigen Arbeitszeit beantragt und die Reichsregierung hatte verfügt, daß aus „allgemeinwirtschaftlichen“ Gründen die Frist bis zum 1. Oktober 1925 verlängert wurde. Die Unternehmer haben auch dann wieder Fristverlängerung beantragt. Die Reichsregierung hat nun wieder verfügt: Den Gruben wird noch ein Monat Zeit zum Umstellen der Betriebe gelassen. Ab 1. November 1925 mußten jedoch die Kolorierbetriebe die 10stündige Arbeitszeit für die Kolorierarbeiter einführen, welche an, auf und über den Kolorierbetrieben beschäftigt werden. Alle übrigen Arbeiter dürfen länger beschäftigt werden.

Unklare Bestimmungen führten zu Streitigkeiten zwischen Belegschaft bzw. Betriebsrat einerseits und Grubenvorstellungen andererseits. Dazu als Beispiel einige Streitigkeiten mit der Vergheldrube.

Nach der Arbeitszeitverordnung sollen die Arbeitergruppen, welche durch Einwirkungen von Hitze, Staub und giftigen Gasen zu leiden haben, im Höchstmaß acht Stunden arbeiten. Der Reichsarbeitsminister bestimmte, die Betriebe, welche in Frage kommen, Brauns hat es sich lange überlegt und dann im Januar 1925 die obengenannte Verordnung gelassen.

Nun wird jeder Arbeiter wissen, daß alle Arbeiter der Kolorerien unter den drei genannten schädlichen Einwirkungen zu leiden haben. Neben den Arbeitern an und auf den Oefen trifft das besonders auf die zu, welche in der Nebenproduktion arbeiten: Benzol-, Leer-, Ammoniakfabrikation. Leider ist diesen Arbeitern von „Rechtswegen“ der 10stündigen Tag verweigert.

Warum wird ein Bergmann entlassen?

Melior-Grube in Dittersbach.

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Steiger Knillmann, 11. Abteilung, kommt vor Ort. Häuer Ruhnerl fragt den Steiger, warum sein Holz zum Verbauen geschickt wird. Das Feld ist raus und muß doch jetzt verbaut werden. Nach dem Berggesetz ist dies Vorwissen und muß getan werden, weil sonst das ausgeschaltete Gestein (das Hangende) einbricht und Menschenleben kosten würde. Steiger Knillmann antwortet ungefähr folgendes: „Ich kann Ihnen doch nicht das Holz in der Westentasche bringen. (Sehr geistreich! Der Steiger!) Und übrigens ist es hier nicht notwendig zu verbauen. Wenn Sie Holz haben wollen, so müssen Sie wissen, daß oben welches liegt. Hier ist das Gestein fest und braucht nicht gleich verbaut werden.“

Häuer Ruhnerl erwiderte, daß verbaut werden muß, und daß Holz sehr gut hergeschafft werden kann. Der Steiger erklärt, er liege sich von ihm keine Vorwissen machen. Der Kumpel ist empört, denn er und seine Kollegen werden das Opfer schlechter Verbauung sein. Ein Wort ergibt das andere, und tags darauf erhält Ruhnerl gekündigt wegen angeblichem frechen Betragen. Er erhebt beim Arbeiterrat Einspruch und wird tags darauf vorgehen. Herr Steiger Knillmann soll sich sagen lassen, daß wenn er nachmittags noch einmal von seinem Vorgesetzten in die Grube geschickt wird, obwohl er den ganzen Vormittag drin war, nicht seine Mut gegen die Arbeiter verspricht, sondern soll sehen, daß er sich gegen die Schikanierung der Beamten, die jetzt eingeleitet hat, an zuständiger Stelle zur Wehr setzt. Herr Knillmann, also nicht den kleinen König spielen den Arbeitern gegenüber, wenn Sie selbst ein Opfer der kapitalistischen Ausbeutervollmacht sind!

Begünstigend auf die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung hat nun der Betriebsrat der Meliorgrube kein Mittel unversucht gelassen, um den benachteiligten Arbeitergruppen zu ihrem Recht zu verhelfen. Es wurde das zuständige Bergverordnungsamt zur Entscheidung angerufen, und weil dieses für die Nebenproduktionsanlagen (Benzol, Leer, Ammoniak) nicht zuständig ist, außerdem dem Gewerbeaufsichtsbeamten, leider ohne Erfolg. Es ist eben Tatsache, daß die Behörden nicht nur unternehmerfreundlich, sondern eben Unternehmerorgane sind. Der obengenannte Betriebsrat hat durch zähen Kampf den Behörden zugesetzt. Wenn nichts erreicht wurde, so aus dem Grunde, weil es in den gesetzlichen Bestimmungen, besonders über Arbeitszeit, genügend Hindernisse gibt, die Arbeiter zu betragen, und dem Unternehmer zu dienen.

Darum bilde sich kein Arbeiter ein, daß man sich auf Behörden des kapitalistischen „demokratischen“ Deutschland verlassen kann! Es bleibt zur Verwirklichung von Arbeiterforderungen absolut kein anderer Weg übrig, als der gerechte, blutige Klassenkampf! Das sollte jeder begreifen! Freigewerkschaftlich organisiert, vollständig bei der Partei des reinen Klassenkampfes der KPD, gekämpft, dann soll und wird der Sieg unser sein!

Streichen der Gruben in Waldenburg

Wie die Kämpfe schlichtet werden

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Wie die Kämpfe schlichtet werden, bemerkt wieder folgender Fall. In der 15. Abt. Vergheldrube wurden 12 Mann mit je einer Mark Strafe bestraft wegen zu zeitigen Schichtbeginns. Die Regelung dieser Strafe scheint noch. Aber der Beweis, daß es Schichtanfang ist, will ich hier anführen. Die Strafe ist doch klar, weil die Kumpel zu wenig gearbeitet haben. Über etwa 40 Pfg. bei 15. Abt. und 20 Pfg. bei 16. Abt. bis in das Feld des Tages. Das Verbot, ein weiterer Weg von etwa 13 bis 14 Minuten, zusammen 25 bis 30 Minuten täglich. Es ist kein Zweifel, daß das Verbot ist, daß von einer Abteilung des Tages ein Teil alle Tage denselben Weg nach dem Verbot machen muß, was ein doppelter Betrag von Zeit ist. Überdies muß das Aufbrechenpersonal alle Tage in der Grube hinhin, wie von einer Abteilung getrieben und wieder nach Hause.

Hier ist es Zeit, daß die Belegschaft dieses Gebahren nicht mehr länger erduldet, sich zusammenschließt in den freien Gewerkschaften und in die KPD geht, damit solchen Herren Vorgesetzten kein Recht bleibt.

Mahnworte der Verwaltung gegen die Betriebsrat

Die F. B.-Verwaltung ist nicht auf allen Punkten davon zu gehen, den jetzigen Betriebsrat das Leben zu lassen wie möglich zu machen. Was verlangt sie für einen Lohn? Im Frühjahr ist Kumpel und ist glaubt sie, daß die alten es jetzt haben, und bei weitem keine Zeit bekommen. Ja, es ist möglich! Nicht wahr, Herr Dr. Roß?

Doch mit den Mei oben werden die alle Kämpfer nicht ablassen. Einige Beispiele: Der Arbeiterkomitee Mitglied Wilhelm Reimann — füllte einlassen. Gegen Betriebsratsmitglied Demuth — beantragt man Vorkauf. Dem Betriebsratsmitglied Reimann wollte man den Raum zur Aufbewahrung seiner Akten und Schriftstücke wegnehmen. Allen Betriebsräten verbietet man, daß sie mit dem ersten Treibe ausfahren können. Man stellt extra einen Beamten dazu an, welcher mit Regungen die Betriebsräte beobachtet. Aber alle Schikanen werden die hochwohlgeborenen Herrschaften der Verwaltung von den Betriebsräten nicht beirren.

Der Betriebsrat zucken nie zu: Haltet fester denn je zu Euren Betriebsratsmitgliedern! Interessiert Euch mehr denn je für eure Lebensinteressen! Einmütig in die freien Gewerkschaften! Einmütig in die KPD!

Zwei Zeldokumente

Hungerkämpfe, Hohn, Zerwürf!

Julienshütte, den 1. Januar 1926.

An die Belegschaft der Julienshütte!

Der Jahreswechsel gibt uns Veranlassung, unserer Belegschaft, allen Angestellten und Arbeitern ein glückliches Neujahr zu wünschen und die dringende Bitte auszusprechen, mehr als bisher mit uns zur Stärkung des Werkes zusammenzuarbeiten.

Die Leitendirektion ist sich bewußt, daß eine Rettung des Werkes nur möglich ist, wenn nicht allein die äußerlichen Beamten, sondern alle Angestellten und Arbeiter geschlossen hinter ihrer Werkstätte stehen und dadurch Wirtschaftskämpfe, welche stets für diese Teile schädigend wirken, ausgeschaltet werden. Dieses Ziel kann aber erst dann erreicht werden, wenn das große Maßmaß, das heute in so ausgeprägter Weise zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber besteht, endlich beseitigt wird, und der Arbeitgeber bzw. die Werkleitung nicht als Feind, sondern als Freund und Helfer in der Not betrachtet wird.

Was in unserer Kraft liegt, soll in dieser Hinsicht geschehen. Wie bitten unsere Belegschaft um entsprechende Mitarbeit.

Ein herzliches Glückwuns!

Leitendirektion Julienshütte. Eicher, König.

Verpflichtungs-Erklärung!

Ich, Unterzeichneter, trete ab heute, den 4. Januar 1926, bei der Firma M. Brackel, Kunsthandlung und Eisenwarengeschäft, Bunzlau, gegen tägliche Kündigung in Arbeit.

Ich verzichte hiermit ausdrücklich auf Gewährung irgendeines tariflichen oder gesetzlichen Urlaubs bzw. Bezahlung desselben seitens der Firma Brackel, Bunzlau.

Die Eingruppierung in die Tarifarbeitsgruppen erfolgt seitens der Firma M. Brackel, Bunzlau, und stelle ich hierbei keine Ansprüche.

Proletariat, leib, denk und handelt. Der erste Schritt zur Abstellung dieser Zustände ist:

Jeder Kollege — freigewerkschaftlich organisiert!

Die Krise in der Porzellanindustrie und ihre Ursachen

(Von einem Waldenburger Betriebsberichterhalter.)

Vor einiger Zeit berichtete unsere Zeitung über die Entlassungen, die in der Waldenburger Porzellanindustrie vorgenommen werden sollten. Daran erschien im „Schlesischen Gebirgs-Kurier“ eine Notiz in Fettdruck, daß die Porzellanfabriken C. Tielich und Ritter als auch das Eisenwerk Karlschütte gar nicht daran denken, Leute zu entlassen. Das Gegenteil sei der Fall. Die genannten Werke waren mit Aufträgen gut versorgt. Man unterließ nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Gerüchte von gewisser radikaler Seite zu bestimmten Zwecken ausgebreitet wurden. Der „Kurier“ bildet sich immer ein, in Dingen und über Vorgänge in der Wirtschaft sehr gut unterrichtet zu sein; hier scheint es aber, als hätte sich der Herr Doktor bei einem Nachwächter informiert und ein Pastor hat ihm was von den verlogenen Kommunisten ins Ohr geflüstert.

Seit er nicht mehr dementieren, daß bei Tielich allein über 600 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt sind und ein Teil schon entlassen ist.

Wichtig ist dem Gebirgs-Kurier die Mitteilung zu Dingen gekommen, daß die Porzellanfabrik Schachtel in Sprottau stillgelegt hat und daß Königszell sowie Döme (Nieder-Salzbrunn)

stärkere Entlassungen

vornehmen. Das sind die wahren Tatsachen, und was der „Kurier“ bringt, ist Schwachsinn, denn er mußte wissen, daß bei Tielich schon über 100 Personen entlassen waren, als er seine Notiz brachte.

Was sind nun die Ursachen dieser für die Arbeiterschaft so katastrophalen Maßnahmen? Man konnte noch vor kurzer Zeit hören, daß Aufträge genügend vorliegen, es wurde auch 9-10 Stunden und länger gearbeitet; ja, sogar Sonntags wurde gearbeitet. So ging es bis zur Weihnachtszeit. Komisch war es an, daß diese Aktion der Porzellanhersteller mit

23,5 Stunden Arbeit — 23,8 Pfennige
23,75 Stunden Arbeit — Nichts

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

In den früheren Krediten auf gewöhnlichem Wege hat die Bank erst vor kurzem die vier Millionen mit Hilfe der Stadt erhalten. Das hindert die Direktion natürlich nicht, die Ausbeutungsfraße immer mehr anzuziehen. Ein Teil der Belegschaft flog auf die Straße. Der im Betriebe verbliebene Teil muß nun dieselbe Leistung aufbringen, wie früher die größere Belegschaft. Demzufolge werden die Arbeiter so niedrig gehalten, daß die Arbeiter bei Anstrengung aller Kräfte nicht in der Lage sind, einen auch nur halbwegs zum Leben langenden Lohn zu verdienen. So hat zum Beispiel ein Dreher in der Klasse A bei Ausführung einer Arbeit nach dreieinhalb Stunden Arbeit feststellen können, daß er für diese Arbeit den horrenden Lohn in Höhe von 23,8 Pfennigen verdient hatte. Ein Wochenlohnzettel desselben Drehers sieht folgendermaßen aus:

Geleistete Stunden:	25,75
Gesamter Verdienst:	6,01 %
Abzüge:	
Krankentagenabzüge	1,-- %
Erwerbslosenversicherung	0,23 %
Invaliden- u. Altersversicherung	0,25 %
Lohnsteuernzahlung	4,51 %

Zur Auszahlung verbleibt: Nichts!

„Wu mag“ das sein, wo der Arbeiter am Lohnstage ein Lohnbeutel erhält, in dem sich nichts befindet? Wie zum H. M. greift den Arbeiter die Luftsticht an? „Die Nichtigkeit des Inhalts ist durch dreimaliges Zählen gewährleistet.“ Wie können es uns schwer vorstellen, wie man es anstellt, dreimal „nichts“ zu zählen.

Es ist unerklärlich, daß solche unliebsame Sachen gerade in den Abteilungen vorkommen, wo in der Waggonfabrik der tüchtigste Ingenieur sitzt.

Industrieprolet, unterstütze den Landarbeiter in seinem schweren Kampf!

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Ein Görtlicher Arbeiter, welcher in Ober-Odernitz bei Zittau bei dem Gütsbesitzer Ernst Tarnpel beschäftigt war, kündigte vor drei Wochen seine Stelle und machte darauf aufmerksam, daß er am 1. Januar diese verläßt. Als der 1. Januar herankam und der Arbeiter Albert Mühl, der den Eindruck eines harmlosen Proleten, der sich alles gefallen läßt, macht, die Stelle verlassen wollte, hatte es Herr Tarnpel unterlassen, Invalidenmarken zu kleben. Der Arbeiter mußte 20 Pf. dalassen, und Tarnpel versprach, die Papiere in Ordnung zu bringen und sofort abzuschicken; er solle nur ruhig fahren.

Bis heute hat der Arbeiter seine Papiere noch nicht!

Ihm ist schon zweimal deswegen die Arbeit verlorengegangen, und Herr Tarnpel rührt sich nicht. Der Arbeiter steht völlig mittellos da und klagt mit dem Leib. Es wäre doch interessant, wenn der Herr Ausbeuter einmal nachsehen würde, ob Tarnpel die Papiere seiner anderen Arbeiter in Ordnung hat. Mehrere Zeugen bestätigten, daß bei Herrn Tarnpel alle 3-4 Wochen die Leute wechseln, da Tarnpel ein „Antreiber“ von der schlimmsten Sorte ist. Er ist ja auch ein „teutscher“ Mann. Solche Leute wie Tarnpel sollen sich nicht wundern, wenn sie keinen Menschen mehr bekommen.

Luthers Preisabbau zusammenfällt. Dem Verband Deutscher Gefäßfabriken wurde empfohlen, seine Preise etwas herabzusetzen, denn die Händler hatten die Preiskontrollen ziemlich unverblümt des Wunders geziehen. Da es nicht anders ging, haben sie die Preise abgebaut, aber wie? Nun, genau so, wie die ganze Preisabbau-Harkeinfade von Luther aussieht. Man setzte die Mindestpreise um 10 Prozent herab. Diese Mindestpreise sind vom Verband Deutscher Porzellan-Gefäßfabriken festgelegt. Darüber kann jeder verkaufen, wie er Lust hat. So war die Sache fertig, das Kind hatte einen Namen und Luther seinen Willen. Wo man aber abbaut, letztendlich abbaut, das sind die Löhne. Die Hälfte der Belegschaft wirft man auf die Straße und die anderen sollen billiger arbeiten. Den Hungerlohn, der bei geradezu wahnwitzigem Schuppen den Körper und Geist vernichtet, führt man wieder und wieder. Die im Betrieb Verbleibenden müssen soviel kaufen, daß sie die 600 Entlassenen mitherausarbeiten und der Profit sich verdoppelt. Dann wird es den armen Direktoren wieder bessergehen.

Porzellanarbeiter, mehrt euch gegen jeden Lohnabbau!

Seht auch die Wirtschaft dieser Leute genau an; je weniger man euch Lohn gibt, desto mehr Arbeiter stellt man ein, ganze Rubel Direktoren, Betriebsleiter, Doctoren usw. Meistens Leute, die vom Porzellanmachen soviel Ahnung haben, wie der Fiel vom Lautschlagen, und deshalb ihre Vorseherberichtigung beweisen, indem sie versuchen, überall den Lohn zu brüden. Heber diese Herren werden wir zu gegebener Zeit noch ein kräftig Wortlein reden müssen. Ihr aber, die ihr noch arbeitet, denkt daran, daß ihr das, was ist, halten müßt, und Neues kämpfend fordern.

Ser mit den Betrieben!

Wir Arbeiter werden sie schon leiten, und sie werden bei besseren Löhnen bestehen können, wenn wir das ganze Meer von faulen Richtstern hinausgeworfen haben.